

Erschienen in: Weßels, Bernhard/Schoen, Harald/Gabriel, Oscar W. (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden: Springer VS, 2013, 13-29.

**Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript.
Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.**

Bernhard Weßels/Harald Schoen/Oscar W. Gabriel

Die Bundestagswahl 2009 – Rückschau und Vorschau

1. Ausgangslage bei der Bundestagswahl 2009

In vielerlei Hinsicht war die Bundestagswahl im Jahre 2009 ungewöhnlich. Das betrifft auch die Ausgangslage. Zum zweiten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik nach 1969 waren die Wählerinnen und Wähler mit der Situation konfrontiert, mit ihrer Wahlentscheidung zur Politik einer Großen Koalition Stellung zu beziehen. Aus der Perspektive der Wählerschaft hieß das, keine große Partei in der Opposition als "Regierungspartei im Wartestand" als Wahloption zur Verfügung zu haben. Aus der Perspektive der beiden großen Parteien bedeutete diese Konstellation, auf eine Wahlkampfstrategie verzichten zu müssen, die darauf abzielte, die Regierungspolitik kritisch aufs Korn zu nehmen. Außerdem konnte die SPD den Wählerinnen und Wählern nicht glaubwürdig eine alternative Regierungskoalition aus Rot und Grün anbieten, weil zu keinem Zeitpunkt im Wahljahr auch nur der Hauch einer Chance auf eine Regierungsmehrheit aus diesen beiden Parteien bestand. Polarisierung war mithin keine mögliche Strategie. Jenseits der Fortführung der Großen Koalition konnte von sozialdemokratischer Seite keine Regierungsalternative in Aussicht gestellt werden. Die FDP hatte jeglicher Dreierkonstellation, z. B. einer Ampelkoalition aus Rot, Gelb und Grün eine Absage erteilt. Als einigermaßen realistische Alternativen standen den Wählerinnen und Wählern damit lediglich eine Bestätigung der Großen Koalition oder eine Teilabwahl mit einer dann schwarz-gelben Regierung zur Auswahl. Die CDU hatte sich bereits im Januar 2009 für eine Koalition mit der FDP nach der Bundestagswahl ausgesprochen.

Kein Wunder, dass der Wahlkampf – so das einhellige Urteil in den Medien und der Wahlforschung – langweilig und profillos blieb. Es hätte ein Wahljahr starker Mobilisierung und intensiver öffentlicher Auseinandersetzung über Politik werden können. Die Europawahl, die Wahl des Bundespräsidenten, sechs Landtagswahlen (in Hessen, Sachsen, Thüringen, Saarland, Brandenburg und Schleswig-Holstein) sowie Kommunalwahlen in acht Bundesländern hätten dafür genug Anlass geboten. Aber "es ging lau zu und die Spannung hielt sich in Grenzen" (Bieber und Roßteutscher 2011: 17). Dazu mag beigetragen haben, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel konsequent auf einen politischen Kurs setzte, der Kontinuität in Aussicht stellte, von manchen Beobachtern aber auch als "Sozialdemokratisierung" der Union bezeichnet wurde: "Wo immer die SPD hin wollte, die Kanzlerin war schon da", wie die Journalistin Tissy Bruns vermerkte (Bruns 2009: 5). Offenbar sollten den politischen Mitbewerbern keine Angriffsflächen und damit Polarisierungs- und Mobilisierungsmöglichkeiten geboten werden.

Auch die Finanzkrise konnte an der Langeweile, mit der die Parteien den Bundestagswahlkampf bestritten und die die Bundestagswahl für die Bürgerinnen und Bürger ausstrahlte, nichts ändern. Fast genau ein Jahr vor der Bundestagswahl setzte die Pleite der Investmentbank Lehman Brothers das symbolische Krisenzeichen. Noch im September gab die US-Regierung staatliche Garantien. Anfang Oktober verkündeten der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück und die Bundeskanzlerin eine Garantie für alle Spareinlagen in Deutschland. Keine zwei Wochen später verabschiedete der Bundestag ein Finanzmarktstabilisierungsgesetz, dem im April 2009 ein weiteres folgte. "Merkel macht Bad Bank zur Chefsache", betitelte die Wirtschaftswoche einen Bericht über ein Ministergespräch zu einem Bad-Bank-Modell (Wirtschaftswoche vom 15.4.2009). Alles lief auf die Verstaatlichung der Problembank Hypo Real Estate (HRE) hinaus, die dann auch im Oktober vollständig vollzogen wurde. Schon im Januar hatte sich die CDU-Führung auf ihrer Erfurter Klausurtagung dafür ausgesprochen, dass sich der Staat im Notfall an angeschlagenen Unternehmen beteiligen solle. Die traditionellen Standpunkte der politischen Akteure hinsichtlich der Rolle des Staates in der Wirtschaft konnten bei einer derartigen Krisenpolitik kaum noch als Orientierung dienen (siehe hierzu etwa Enderlein 2010; Herweg und Zohlhörer 2010).

Überraschenderweise spielten weder die Finanzkrise noch damit zusammenhängende wirtschaftliche Themen im Wahlkampf eine besonders prominente Rolle. Ablesen lässt sich das etwa an den Titeln der Wahlprogramme und Wahlkampfslogans: "Wir haben die Kraft. Gemeinsam für unser Land." (CDU), "Sozial und demokratisch. Anpacken. Für Deutschland." (SPD), "Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm 2009" (FDP), "Der grüne Neue Gesellschaftsvertrag. Aus der Krise hilft nur Grün" (B'90/Grüne) und "Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden" (Die Linke). Damit korrespondieren die Einschätzungen der Bürgerinnen und Bürger. Im Frühjahr 2009 stieß die Bankenkrise bei ihnen auf einige Aufmerksamkeit, doch klang das Interesse bis zur Wahl ab. Ebenso verloren die Wirtschaftslage und selbst die Arbeitslosigkeit in der Problemwahrnehmung der Stimmberechtigten in den letzten Wochen vor der Wahl an Dringlichkeit (s. den Beitrag der Forschungsgruppe Wahlen e. V. in diesem Band). Die Einschätzung, dass es mit der Wirtschaft abwärts gehe, teilten im März des Jahres noch 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger (bei weniger als 10 Prozent, die meinten, es gehe aufwärts). Kurz vor der Bundestagswahl waren es nur noch 26 Prozent, während 29 Prozent meinten, es gehe wieder aufwärts, und 43 Prozent, es werde so bleiben (Forschungsgruppe Wahlen e. V.: Politbarometer, September I, 2009). Mit anderen Worten: Krise ja, aber nicht in Deutschland und nicht im Wahlkampf.

Die Ausgangslage versprach somit kaum eine spektakuläre Wahl. Auf der Seite des politischen Angebots ging es faktisch darum, ob die Große Koalition fortgesetzt oder Schwarz-Gelb das Ruder übernehmen würde. Die Unionsparteien würden in jedem Fall weiterhin die Kanzlerin stellen, fraglich war nur, welche Partei die Regierung mittragen würde. Ein "Lagerwahlkampf" war unter diesen Bedingungen kaum zu erwarten und wäre den Wahlberechtigten nur schwer zu vermitteln gewesen. Nachfrageseitig, also auf die Wählerinnen und Wähler bezogen, war auch kein Resonanzboden für "donnernde Botschaften" auszumachen. Die Problemwahrnehmungen hatten sich bezogen auf existenzielle Fragen wie Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsentwicklung zur Bundestagswahl hin immer stärker abgeschwächt. Vor diesem Hintergrund sind bestimmte Besonderheiten im Wahlverhalten bei der Bundestagswahl nicht überraschend, andere hingegen durchaus.

2. Rekorde der Bundestagswahl 2009

Die Bundestagswahl 2009 hat eine Reihe von Rekorden zu verzeichnen. Das Wort "Rekord" soll dabei lediglich im historischen Vergleich herausragende Ergebnisse markieren, diese jedoch nicht mit einer positiven Wertung versehen. Denn es kommt im Einzelnen sehr darauf an, ob Entwicklungen als positiv oder negativ für die Demokratie angesehen werden – je nach normativem Standort ergeben sich unterschiedliche Beurteilungen. Ob z. B. starke Bewegungen in den Stimmenanteilen positiv oder negativ bewertet werden, hängt vom Maßstab ab: Wird flexibles Wahlverhalten oder Stabilität als wünschenswert angesehen? Die Einordnung als Negativ- oder Positivrekord kann mithin umstritten sein. Darum soll es hier nicht gehen. Vielmehr wollen wir einen kurzen Überblick darüber geben, in welcher Hinsicht die Wahl 2009 in der bundesdeutschen Wahlgeschichte hervorsticht.

Ein Rekord in diesem Sinne betrifft die Wahlbeteiligung. Die Große Koalition, der von vielen als langweilig und wenig spannungsreich empfundene Wahlkampf sowie das faktische Fehlen einer Möglichkeit, am Wahltag zwischen (potenziellen) Regierungen mit unterschiedlichen Politikentwürfen zu entscheiden, mögen wesentlich dazu beigetragen haben, dass die Bundestagswahl einen Rekord bei der Wahlbeteiligung aufstellte. Mit 70.8 Prozent lag der Anteil der Bürgerinnen und Bürger, die ihre Stimme abgaben, 13 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt aller Bundestagswahlen, 20.3 Prozentpunkte unter der höchsten Beteiligung im Jahre 1972 und 7 Prozentpunkte unter der bis dahin niedrigsten bei der Bundestagswahl 1990. Die Wahlbeteiligung hat damit seit der Bundestagswahl 1998 kontinuierlich abgenommen und war nie zuvor so gering.

Als eine weitere Besonderheit der Bundestagswahl 2009 kann die Tatsache gelten, dass auf die beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD zusammen ein so geringer Stimmenanteil entfiel wie bei keiner Bundestagswahl zuvor. Ganze 56.8 Prozent der Zweitstimmen konnten die beiden Parteien auf sich vereinen, ganze 61.9 Prozent der Mandate, gegenüber einem Durchschnitt von 79.1 bzw. 83.2 Prozent bei den Bundestagswahlen seit 1949. So groß wäre eine Große Koalition nicht mehr gewesen, hätten sich die Union und die SPD nach der Wahl für die Fortsetzung ihres Bündnisses entschieden.

Der niedrige gemeinsame Stimmenanteil von CDU/CSU und SPD resultierte aus zwei außerordentlich schwachen Einzelergebnissen. Die Unionsparteien erzielten ihr schlechtestes Ergebnis seit der Wahl 1949. Noch dramatischer stellte sich das Ergebnis der SPD dar. Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik hatten die Sozialdemokraten einen geringeren Anteil erreicht. Er lag mit 23.0 Prozent 13.5 Prozentpunkte unter dem durchschnittlichen Abschneiden der SPD. Umgekehrt waren die kleinen Parteien bei einer Bundestagswahl noch nie so erfolgreich gewesen. Die FDP, Bündnis 90/Die Grünen und die Linke konnten die jeweils höchsten Stimmenanteile seit ihrer Teilnahme an Bundestagswahlen verzeichnen. Die FDP erreichte mit 14.6 Prozent 5.4 Prozentpunkte mehr als im Schnitt seit 1949, die Grünen lagen mit 10.7 Prozent 3.2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt seit ihrem ersten Einzug in den Bundestag im Jahr 1983 und die Linke erzielte mit 11.9 Prozent 5.8 Prozentpunkte mehr als durchschnittlich seit der Bundestagswahl 1990.

Derart starke Bewegungen in den Parteianteilen zwischen zwei Wahlen hatte es zuletzt zwischen der ersten und der zweiten Bundestagswahl 1949 und 1953 gegeben. Das langjährige Mittel der sogenannten Volatilität – der Summe der absoluten Veränderungen der Par-

teianteile zwischen zwei Wahlen – wurde 2009 mit 12.6 um 5.1 Prozentpunkte überschritten. Die große Beweglichkeit im Wahlverhalten und die flexible Nutzung der Stimme wurden auch im Stimmensplitting sichtbar. Noch nie war das Stimmensplitting so verbreitet wie 2009, noch nie hatte es – auch eine Folge des strategisch eingesetzten Splittings – so viele Überhangmandate gegeben (s. den Beitrag von Joachim Behnke und Florian Bader in diesem Band). Insgesamt machten mehr als ein Viertel der Wählerinnen und Wähler vom Stimmensplitting Gebrauch (26.4 Prozent; vgl. repräsentative Wahlstatistik des Bundeswahlleiters). Von den insgesamt 97 Überhangmandaten, die es in der Geschichte der Bundesrepublik bisher gab, entfällt mit 24 fast ein Viertel allein auf die Bundestagswahl 2009.

Zusammengenommen hat die Bundestagswahl 2009 also einige Besonderheiten aufzuweisen, die sie von allen vorhergegangenen Bundestagswahlen abheben. Bei zentralen Größen wie der Wahlbeteiligung, der Volatilität und dem Stimmensplitting waren 2009 Tiefst- oder Höchststände zu verzeichnen. Lassen sich Gründe in den Wahlverhaltenskalkülen der Wählerinnen und Wähler benennen, die zu dieser "Sonderstellung" der Bundestagswahl 2009 beigetragen haben?

3. Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses

Dass die Bundestagswahl 2009 so viele und relevante Besonderheiten zu verzeichnen hat, muss Ursachen haben. Da das Wahlergebnis und seine Charakteristika aus der Summe individueller Wahlhandlungen resultieren, sollten sich auf der Individualebene einige Gründe ausfindig machen lassen, die erklären, warum die Bundestagswahl so und nicht anders ausfiel. Die Wahlforschung benutzt als allgemeine Heuristik einen sogenannten Kausaltrichter, der von den langfristigen Bestimmungsgründen, die aus dem Kontext und der sozialen Lagerung eines Individuums resultieren, bis zu kurzfristigen Faktoren reicht, die erst im Wahlkampf oder kurz vor der Entscheidung wirksam werden.

Es ist in diesem Kontext nur begrenzt möglich, die Bedeutung langfristig wirksamer Faktoren für das Zustandekommen des Wahlergebnisses zu bestimmen. Die starke Veränderung zwischen 2005 und 2009 findet kein Pendant im sozialen Wandel, der eher langsam und stetig vorstättengeht. Dennoch ist ein Blick auf die sozialstrukturellen und demografischen Korrelate der Wahlentscheidung nicht fruchtlos. Die massiven Stimmeneinbußen der SPD – keine andere Partei musste von einer zur nächsten Bundestagswahl jemals einen derart drastischen Absturz ihres Stimmenanteils hinnehmen – sind nicht auf eine rapide Schwächung der Allianzen zwischen sozialen Gruppen und der Partei innerhalb von vier Jahren zurückzuführen, wenngleich im langfristigen Vergleich zumindest traditionelle soziale Spannungslinien an Prägekraft für das Wahlverhalten verlieren. Allerdings ist zu erkennen, dass traditionelle Wählergruppen der SPD (Arbeiter, gewerkschaftlich Organisierte) deutlich weniger geschlossen für "ihre" Partei votierten als entsprechende Wählergruppen der Christdemokraten (Katholiken, Kirchgänger). Wir beobachten also eine extreme Mobilisierungsschwäche im sozialdemokratischen Lager, die nicht unabhängig vom Regierungshandeln und von den Kampagnen der Parteien aufgetreten sein dürfte.

Als zweites Bündel langfristiger Determinanten des Wahlverhaltens sind im Kausalrichter Ideologien und Wertorientierungen zu finden. Ideologien und Wertorientierungen enthalten Vorstellungen des Wünschenswerten und stellen Maßstäbe zur Bewertung der Realität bereit. Im politischen Sinne sind sie Maßstäbe, die Bürgerinnen und Bürger anlegen können, wenn sie Politiken und politische Akteure beurteilen. Seit der These vom Ende der Ideologie vor mehr als einem halben Jahrhundert (Bell 1960), dem Historikerstreit zum Ende des ideologischen Zeitalters in den achtziger Jahren und der These vom Rennen um die politische Mitte ("race to the middle") der Volksparteien steht immer wieder die Frage im Raum, in welchem Maße Wertorientierungen in der Politik und für politisches Verhalten überhaupt noch zählen. Wird die Verhaltenswirksamkeit einer zentralen ideologischen Orientierung, der Links-rechts-Selbsteinstufung, für das Wahlverhalten als Maßstab herangezogen, lässt sich ein Ende der Ideologien nicht ausmachen. Es ist kaum eine Abschwächung des Effekts von Ideologie auf politisches Verhalten zu erkennen und auch bei der Bundestagswahl 2009 ging in dieser Beziehung alles "wohlgeordnet" zu (s. die Beiträge von Franz Urban Pappi sowie Kai Arzheimer und Jürgen W. Falter in diesem Band; s. auch Neundorf 2012). Die Wertprofile der Parteianhängerschaften sind ebenfalls recht deutlich voneinander unterscheidbar (s. den Beitrag von Sigrid Roßteutscher und Philipp Scherer in diesem Band). Die Besonderheiten der Bundestagswahl 2009 lassen sich daher offenbar weder mit der Veränderung ideologischer Orientierungen und Wertorientierungen der Bürgerinnen und Bürger noch mit einer Veränderung der Verhaltenswirksamkeit dieser Orientierungen erklären.

Ein dritter, eher mittel- bis langfristig wirksamer Faktor ist die Parteiidentifikation. Sie dürfte, ebenso wie die sozialstrukturellen und wertbezogenen Größen einer Gesellschaft, eher einem langsamen Wandel unterworfen sein. Zwar ist auch in Deutschland wie in anderen westlichen Demokratien ein Rückgang in der Verbreitung langfristiger Parteineigungen zu verzeichnen. Von etwa 80 Prozent der Bürger in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre ist der Anteil derjenigen, die angeben, sich einer Partei längerfristig verbunden zu fühlen, auf etwa zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger zurückgegangen. Große Sprünge in der Entwicklung hat es nicht gegeben, etwas stärkere Rückgänge waren zwischen 1980 und 1983 sowie nach der Vereinigung zu beobachten. Seit 1994 war nur eine sehr geringe Abnahme zu verzeichnen (Schoen und Weins 2005: 224). Die zentrale Frage ist also – wie bei den sozialstrukturell-demografischen und wertbezogenen Faktoren – nicht die nach einer großen und rapiden Strukturveränderung, sondern jene nach der Mobilisierungskraft der Parteibindungen bei der Bundestagswahl 2009. Unter denjenigen, die eine Parteiidentifikation mit der CDU/CSU angaben, lag am Anfang des Wahlkampfes der Anteil derjenigen, die die CDU/CSU auch wählen würden, bei 80 Prozent, nahm im Verlauf des Wahlkampfes etwas ab, verblieb aber bei etwa 70 Prozent. Anders war es bei der SPD. Nur etwas mehr als die Hälfte derjenigen, die sich längerfristig an diese Partei gebunden sahen, wollten am Anfang des Wahlkampfes auch für sie stimmen. Zwar verbesserte die SPD diese Mobilisierungsquote unter denjenigen, die angaben, der Partei nahestehen, im Verlauf des Wahlkampfes, erreichte aber dennoch nur etwas über 60 Prozent (Schmitt-Beck 2011a). Auch in dieser mittel- bis langfristigen Determinante des Wahlverhaltens waren also deutliche Mobilisierungsschwächen insbesondere bei der Sozialdemokratie zu beobachten.

Während es kaum möglich ist, die Besonderheiten des Ergebnisses der Bundestagswahl mit ideologischen oder wertbezogenen Aspekten zu erklären, trugen die beiden Phänomene

der deutlichen Mobilisierungsschwäche bei den sozialstrukturellen Kerngruppen sowie bei den langfristigen Parteianhängern – in gewissem Maße zwei Seiten einer Medaille – deutlich zu den extrem starken Verlusten der SPD bei. Gleichzeitig eröffnete diese Mobilisierungsschwäche, die partiell auch bei der Anhängerschaft von CDU und CSU zu beobachten war, den Raum für Abwanderungen ins Nichtwählerlager und zu den Wechselwählern.

Was aber machte diese Mobilisierungsschwäche aus, woher resultierte sie, was funktionierte in diesem Wahlkampf nicht oder anders als bei früheren Bundestagswahlen? Folgt man der Vorstellung vom Kausaltrichter, geht es nunmehr um Faktoren, die die Entscheidung kurzfristig beeinflussen – um Urteile über die erbrachten Leistungen der Parteien, insbesondere der Regierung, um zu erwartende Politiken und politische Streitfragen sowie um die Beurteilung von Politikerinnen und Politikern.

Es wäre zu erwarten gewesen, dass die Finanzkrise, die hier symbolisch ihren stärksten Ausdruck im Schicksal der Hypo Real Estate fand, mit ihren negativen Folgen für die deutsche Wirtschaftsentwicklung ein wichtiges Thema im Wahlkampf werden würde. Immerhin war die Bank bereits bis zum Februar 2009 mit 102 Milliarden Euro gestützt worden und die Bundesregierung verkündete, sie werde eine Pleite der HRE nicht zulassen. Das Wirtschaftswachstum, das in den Vorjahren immer positiv gewesen war, brach ein und verzeichnete 2009 einen Rückgang um 5.1 Prozent. Davon war im Wahlverhaltenskalkül der Deutschen kaum etwas zu sehen, obwohl die Krise an den Bürgerinnen und Bürgern sicherlich nicht vorbeigegangen sein dürfte. Bereits im November 2008 gaben die sogenannten Wirtschaftsweisen bekannt, dass Deutschland in einer Rezession stecke. Allerdings mehrten sich im Juli 2009 schon wieder relativ positive Wirtschaftsnachrichten: ein Auftragsplus bei der Industrie von über vier Prozent, Wachstum in der Stahlindustrie, dank der Abwrackprämie setzten die Autohersteller 40 Prozent mehr Autos ab als im Vorjahr. Im August stieg der Außenhandel um 7 Prozent, ein kleines Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal wurde bekannt gegeben. Noch vor der Bundestagswahl am 27. September legte die EU-Kommission ein Gesetzespaket zur Reform der Banken, Börsen und Versicherungen vor, und der G20-Gipfel beschloss strengere Regeln für Managerboni und Banken. Das alles mag dazu beigetragen haben, dass die Stimmung unter den Bürgerinnen und Bürgern besser war, als die Lage vermuten ließ. Auf jeden Fall hatte das Thema Finanzkrise nur einen geringen (Steinbrecher und Rattinger 2011) und wenn, dann eher indirekten Einfluss auf das Wahlverhalten (Schoen 2010a).

Was aber waren die Streitfragen und Politiken, die zu den Wahlentscheidungen der Bürgerinnen und Bürger beitrugen? Zwar lassen sich durchaus Differenzen zwischen den Parteien in der Wahrnehmung der Wählerschaft feststellen. Ob Steuern und Abgaben gesenkt oder sozialstaatliche Leistungen aufrechterhalten werden sollen, ob es um die sofortige Abschaltung aller Kernkraftwerke oder den Zuzug von Ausländern geht, die Bürger nehmen recht deutlich Parteiprofile wahr. Solche Streitfragen und Politiken werden stark im Zusammenhang mit den generalisierten Positionen und politischen Identitäten der Parteien gesehen und üben eher einen Einfluss auf die Wahlentscheidung aus als die Wirtschaftslage oder das Krisenmanagement der Bundesregierung. In diesem Sinne gab es kein herausstechendes und polarisierendes Wahlkampfthema. Zwar hatte die SPD Anfang September Pläne für eine weltweite Steuer auf Transaktionen auf den Finanzmärkten vorgelegt, aber da sie selbst an der Regierung und der konsensorientierten Krisenpolitik direkt beteiligt

war, konnte sie keine polarisierte Auseinandersetzung zwischen alternativen potenziellen Regierungslagern herbeiführen.

Haben die Wählerinnen und Wähler ihre Wahlentscheidung performanzorientiert getroffen, haben sie mit ihren Entscheidungen Parteien oder Politiker für deren (Fehl-)Leistungen belohnt oder bestraft? Insgesamt stellte die Große Koalition mit ihrer Regierungsleistung nur eine Minderheit zufrieden. Lediglich ein Drittel der Stimmberechtigten gab ein positives Urteil ab, etwas mehr als die Hälfte ein negatives. Allerdings wurde die Leistung der Parteien in der Großen Koalition differenziert beurteilt. Deutlich mehr (38 Prozent) der Bürgerinnen und Bürger waren mit der Leistung der CDU in der Großen Koalition zufrieden, nur 32 Prozent mit der Leistung der SPD und noch weniger mit der Leistung der CSU (30 Prozent) (Wagner und Weßels 2011: 167). Das drückte sich auch im Entscheidungsverhalten aus. Für die CDU/CSU schlug sich die Leistungsbewertung sehr viel häufiger in einer Wahlentscheidung zu ihren Gunsten nieder als für die SPD (Schoen 2010b).

Einen noch stärkeren Einfluss als diese retrospektive Betrachtung der Leistungsbilanz der Regierung und ihrer Parteien hatte die Leistungserwartung auf das Wahlverhalten. Dabei ging es um die Frage, welche Partei die wichtigsten Probleme in Deutschland am besten lösen könne. Bei gleicher Leistungserwartung waren die Effekte bei den Unionsparteien und der SPD fast identisch, allerdings war eine positive Leistungserwartung gegenüber der CDU/CSU deutlich stärker ausgeprägt. Die drei wichtigsten Problembereiche aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger waren der Arbeitsmarkt, die Wirtschaftsentwicklung und die Sozialpolitik, ohne dass jedoch – wie bereits oben skizziert – unter den Stimmberechtigten ein Krisenbewusstsein weit verbreitet gewesen wäre. In allen drei Bereichen wurde der CDU/CSU deutlich mehr Kompetenz zugetraut als der SPD (Rudi 2011). Beim Arbeitsmarkt und bei der Wirtschaft ist dieser Befund nicht überraschend, da die CDU/CSU auf diesen Feldern "traditionell" die Nase vorn hat. Die Sozialpolitik war aber immer eine Domäne der SPD. Dass die SPD 2009 in diesem Politikfeld hinter der CDU/CSU zurücklag, drückte sich schließlich in ihrem desaströsen Wahlergebnis aus.

Die Effekte sowohl der retrospektiven als auch der prospektiven Leistungsbewertung auf die Wahlentscheidung waren relativ stark und robust. Es ist wohl davon auszugehen, dass die geringe Zufriedenheit mit der Regierungsleistung der Großen Koalition insgesamt, aber insbesondere mit der SPD dazu beigetragen hat, dass der Stimmenanteil der beiden großen Parteien bei der Bundestagswahl 2009 der geringste und derjenige der kleinen Parteien der höchste in der Geschichte der Bundesrepublik war.

Erstmals seit der Bundestagswahl 1969 standen sich zwei Kanzlerkandidaten gegenüber, die bis zum Wahltag gemeinsam am Kabinetttisch saßen: Bundeskanzlerin Angela Merkel für die CDU/CSU und Außenminister Frank-Walter Steinmeier für die SPD. Beide waren – womöglich auch wegen der gemeinsamen Regierungsarbeit – nicht auf Polarisierung bedacht. Die Wahlkampfstrategien finden somit ihre Entsprechung in den Kanzlerkandidaten. Allerdings beurteilten die Wahlberechtigten beide unterschiedlich. Angela Merkel wurde als sehr viel sympathischer bewertet als ihr Konkurrent. Bis zur Wahl schmolz der Abstand merklich, es blieb aber bei einem deutlichen Vorsprung für Angela Merkel. Das lag weniger an einer Aufholjagd des SPD-Kanzlerkandidaten als an einem Abschmelzen der Sympathie für die amtierende Kanzlerin. Noch deutlicher waren die Unterschiede in der Frage der Kanzlerpräferenz. Angela Merkel lag Mitte August 40 Prozentpunkte vor Frank-Walter Steinmeier. Welche Eigenschaften wurden ihr eher zugesprochen als ihrem Konkurrenten?

Angela Merkel wurde durchgängig als durchsetzungs- und führungsstärker, vertrauenswürdiger und kompetenter zur Bewältigung der Wirtschaftskrise angesehen. Die entsprechenden Beurteilungen für sie blieben bis zur Wahl im Wesentlichen stabil. Frank-Walter Steinmeier gelang es hingegen ab Ende August, in den genannten drei Aspekten bei den Bürgerinnen und Bürgern deutlich an Ansehen zu gewinnen. Er holte auf, verringerte den Abstand, konnte Angela Merkel aber nicht ein- und erst recht nicht überholen. Allerdings gelang es ihm immerhin, Angela Merkmals Vorsprung bei der Kanzlerpräferenz bis zum Wahltag beinahe zu halbieren, so dass dieser "nur" noch etwa 20 Prozentpunkte betrug (Schmitt-Beck 2011b). Wie bei den vergangenen Bundestagswahlen und entgegen der Personalisierungsthese erwies sich die Frage nach den Kanzlerkandidaten nicht als ausschlaggebender Faktor für das Wahlverhalten. Gleichwohl ging von kandidatenbezogenen Einstellungen eine nicht zu vernachlässigende Wirkung auf die Wahlentscheidung aus. Bedenkt man den Ansehensvorsprung der Kanzlerin, dürfte auch dieser Faktor eher der Union als der SPD genützt (Schoen 2011) und zum Mobilisierungsdefizit auf Seiten der SPD beigetragen haben.

Was den Wahlausgang aber wohl in besonderem Maße prägte, war das überlegte Wählen im Sinne einer gewünschten Koalition – zumindest im bürgerlichen Teil der Gesellschaft. Aus den Koalitionspräferenzen vor der Bundestagswahl wird deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger eine Fortsetzung der Großen Koalition eher nicht wünschten. Vor der Großen Koalition rangierten drei andere Koalitionen: Rot-Rot-Grün, Rot-Grün und Schwarz-Gelb. Die schwarz-gelbe Koalition lag dabei deutlich vorne: mehr als 20 Prozentpunkte vor Rot-Rot-Grün und mehr als 16 Prozentpunkte vor Rot-Grün. Unter den Wählerinnen und Wählern der CDU/CSU ebenso wie unter denen der FDP wurde die christlich-liberale Koalition von ca. drei Vierteln vorgezogen. Wie ein beachtlicher Teil derjenigen, die sich für eine schwarz-gelbe Koalition aussprachen, diese Präferenz in seinem Stimmverhalten umsetzte, war in seinem Umfang und seinen Effekten in der Geschichte der Bundesrepublik bisher einmalig. Nicht nur erreichte das Stimmensplitting einen neuen Höchststand, es wurde ausgesprochen strategisch (anmutend) und regional differenziert eingesetzt.

Besonders häufig vergaben Wählerinnen und Wähler mit einer Koalitionspräferenz für Schwarz-Gelb ihre Erststimme an die Wahlkreiskandidaten der CDU oder CSU und ihre Zweitstimme an die FDP. Das war in besonderem Ausmaß in den Regionen zu beobachten, in denen die CDU/CSU traditionell stark ist. Dort überwogen die Erststimmenanteile gegenüber den Zweitstimmenanteilen am deutlichsten, dort erzielte die FDP auch ihre höchsten Zweitstimmenanteile. Allein in Baden-Württemberg wurden so wohl auch durch das ausgeprägte Splittingverhalten 10 der insgesamt 21 Überhangmandate für die CDU produziert (3 weitere entfielen auf die CSU in Bayern), dort, wo auch der Splitting-Anteil mit 48,7 Prozent am höchsten war. Es ist also davon auszugehen, dass das strategische Koalitionsplitting dazu beigetragen hat, dass die Regierungsmehrheit gemessen an Bundestagsmandaten deutlich komfortabler ausfiel, als es bei der Sitzverteilung nach dem Zweitstimmenanteil allein der Fall gewesen wäre. Eine Besonderheit der Bundestagswahl, der bisher höchste Anteil des Stimmensplittings, findet so zumindest eine teilweise Erklärung in der im bürgerlichen Lager der Gesellschaft vorherrschenden Stimmung, dass es Zeit sei für eine Beendigung der Großen Koalition.

In der Zusammenschau der Aspekte und Facetten, die zu den Besonderheiten und Positiv- wie Negativrekorden der Bundestagswahl beigetragen haben, gibt es den *einen* Erklä-

rungsfaktor wohl nicht. Unter den langfristig wirksamen Faktoren des Wahlverhaltens – Sozialstruktur, Werte und Ideologie, Parteiidentifikation – lassen sich Anzeichen dafür finden, warum die Wahlbeteiligung so gering und die Wechselwahl so reichlich ausfiel. Die Beteiligung der SPD an der Großen Koalition hatte der Partei nicht gutgetan. Darauf verweist die Mobilisierungsschwäche der SPD bei ihren traditionellen Wählergruppen im sozialstrukturellen Sinne sowie bei denjenigen, die sich mit dieser Partei identifizierten. Diese Mobilisierungsschwäche, die nicht auf die Sozialdemokratie beschränkt blieb, hat einen wesentlichen Anteil daran, dass Wählerinnen und Wähler sich anderen Optionen zuwenden konnten.

Beigetragen zur insgesamt geringen Mobilisierung hat mit Sicherheit das Fehlen eines polarisierenden Wahlkampfes zwischen zwei Parteien, von denen jede prinzipiell aufgrund ihrer Größe in der Lage gewesen wäre, eine Regierung zu führen. Beide großen Parteien, beide Kanzlerkandidaten trugen gemeinsam Regierungsverantwortung und hätten wohl kaum auf Fehler und Versäumnisse der Regierung aufmerksam machen können, ohne sich selbst Schaden zuzufügen. So blieben etwa die Finanzkrise und ihre Bekämpfung weitgehend aus dem Wahlkampf ausgespart. Es fehlten aber auch klar konturierte und unterscheidbare Politikentwürfe für die folgende Legislaturperiode, an denen sich polarisierte Debatten hätten entzünden und die zur Mobilisierung hätten beitragen können. Auch das politische Spitzenpersonal verzichtete auf eine Zuspitzung und Polarisierung. In gewissem Sinne trugen die Kanzlerkandidaten nicht einmal einen Konkurrenzkampf unter Gleichen aus. Kanzlerin Merkel stand in der Sympathie und Kanzlerpräferenz unangefochten deutlich vor Frank-Walter Steinmeier, der zwar aufholen, aber nicht einholen konnte. Dass in den Ergebnissen zur Sonntagsfrage ("Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?") die CDU/CSU immer deutlich vor der SPD lag und Schwarz-Gelb fast das ganze Wahljahr über rund die Hälfte der Präferenzen auf sich vereinen konnte – womit scheinbar das Ergebnis der Wahl feststand –, stellte sicherlich auch keinen besonderen Anreiz für die Bürgerinnen und Bürger dar, wählen zu gehen.

Aus dieser Perspektive resultierte die extrem schwache Mobilisierung bei der Bundestagswahl 2009 aus der Regierungskonstellation und dem – wenigstens zum Teil davon beeinflussten – (Wahlkampf-)Verhalten der politischen Parteien. Dass die kleinen Parteien von dieser Situation profitieren konnten, ist nachvollziehbar. Auf der einen Seite schlug die Unzufriedenheit mit den beiden Regierungsparteien durch, in Stimmenanteilen fast ausschließlich auf die SPD, in Stimmen gemessen allerdings auch auf die CDU/CSU. Im Vergleich zu 2005 erreichte diese 2009 knapp zwei Millionen Zweitstimmen weniger, die Erststimmeverluste waren sogar noch höher. Für die SPD führte diese Unzufriedenheit zu einer extrem starken Abwanderung insbesondere zur Linken und zu den Grünen. Im bürgerlichen Lager war die Abwanderung von der CDU/CSU zum größten Teil dem Wunsch nach einer schwarz-gelben Koalition geschuldet, der sich auch im Splittingverhalten ausdrückte. Es wirkten zwei unterschiedliche Mechanismen oder Motivbündel, beide allerdings mit der Konsequenz der höchsten Volatilität seit 1957, noch höheren Anteilen individuellen Wechselwahlverhaltens, der geringsten Stimmenkonzentration auf die beiden großen Parteien und den größten Anteilen für die kleineren Parteien im Deutschen Bundestag.

4. Ausblick auf die kommende Bundestagswahl

Ein Ausblick auf die kommende Bundestagswahl kann vor dem Hintergrund der Faktoren, die zu den Besonderheiten der Bundestagswahl 2009 beigetragen haben, und mit Blick auf die Ereignisse und Entwicklungen seit 2009 allenfalls grobe Anhaltspunkte dafür liefern, was wichtige Einflussgrößen für die Bundestagswahl 2013 sein werden. Eines scheint jedoch angesichts der Kontinuität in der Flexibilität des Wahlverhaltens spätestens seit der Bundestagswahl 2005 eine feste Größe zu sein: Die politischen Parteien werden sich auf Wählerinnen und Wähler einstellen müssen, die überzeugt werden wollen, zu einem beachtlichen Teil ihre Entscheidung spät treffen und deutlich weniger Scheu vor der Wechselwahl haben als früher. Die durchaus ereignisreiche Entwicklung seit der vergangenen Bundestagswahl stützt eine derartige Erwartung wohl eher, als dass sie unrealistisch erscheinen ließe.

Ein Aspekt, der die Ausgangslage für die nächste Bundestagswahl beeinflussen wird, ist der Umstand, dass es in Baden-Württemberg mit Winfried Kretschmann einen grünen Ministerpräsidenten gibt. Weniger dieser Umstand selbst als vielmehr die Faktoren, die zu diesem spektakulären Erfolg der Grünen beigetragen haben (Gabriel/Kornelius 2011), könnten das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger auch 2013 beeinflussen. Dabei lohnt es sich, drei Gesichtspunkte zu unterscheiden: Protest von Bürgern, die das Gefühl haben, von Politikern nicht ernst genommen zu werden, die Energiepolitik sowie die Rolle (politischer) Ereignisse.

Die baden-württembergische Landtagswahl 2011 ist vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um das Bahnprojekt "Stuttgart 21" zu verstehen. Aus dem Protest gegen dieses Vorhaben entwickelte sich bereits im Jahr 2010 eine starke und breite Opposition gegen die damalige Landesregierung. Ein Aktionsbündnis aus einer Bürgerinitiative (Leben in Stuttgart), dem Bund für Umwelt und Naturschutz sowie dem Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen organisierte Protestveranstaltungen und Demonstrationen, die größten in den Monaten Januar, Februar und März vor den Landtagswahlen am 27. März 2011. Die verbreitete Empörung über das teure und von vielen als unnötig erachtete Bauprojekt trug zu einem demoskopischen Höhenflug der Grünen bei, der sich dann auch in einem Stimmenanteil für sie ausdrückte, der etwas mehr als doppelt so groß war wie bei der Landtagswahl 2006. In dem Protest gegen das Vorhaben kamen verschiedene Motive zum Ausdruck, doch gehörte dazu sicherlich das Gefühl, Amtsinhaber handelten intransparent und setzten sich mit einer gewissen Arroganz über die Wünsche, Forderungen oder Bedenken von Bürgern hinweg. Offenbar diese Motivlage, die nicht selten leicht irreführend als "Politikverdrossenheit" bezeichnet wird und populistischen Appellen einen Resonanzboden bieten kann, aufgreifend, bemüht sich die neue grün-rote Landesregierung um eine "Politik des Gehörtwerdens". Auch der Volksentscheid zum Bahnprojektsumbau kann als ein Versuch verstanden werden, das Verhältnis zwischen Regierten und Regierenden zu verbessern.

Vor der Abgeordnetenhauswahl in Berlin, die am 18. September 2011 stattfand, ebte der Höhenflug der Grünen wieder ab und ein neuer Akteur schickte sich an, die politische Bühne erfolgreich zu betreten. Die Piratenpartei, die bis dahin einige Achtungserfolge erzielt hatte – so bei den Europawahlen fast ein Prozent, bei den Bundestagswahlen 2009 zwei Prozent –, zog mit 8.9 Prozent der Stimmen und 15 Mandaten in das Berliner Abge-

ordnetenhaus ein. Auch bei den Landtagswahlen im Saarland am 25. März 2012 gelang ihr mit einem Stimmenanteil von 7.4 Prozent der Einzug in den Landtag, ein Erfolg, den sie mit 7.8 Prozent und dem Einzug in den Landtag in Nordrhein-Westfalen am 13. Mai 2012 wiederholen konnte. Die Piraten sind damit in drei Landesparlamenten vertreten. Bei der Sonntagsfrage erzielten sie im Sommer 2012 ihre bisherigen bundesweiten Spitzenwerte von über 10 Prozent. Woher dieser abrupte Höhenflug kam, darüber ist viel spekuliert worden (Bieber und Leggewie 2012; Niedermayer 2012). Ein Motiv, sich der Piratenpartei zuzuwenden, ist sicherlich im Unbehagen von Bürgern angesichts der Intransparenz und "Abgehobenheit" politischer Akteure zu suchen. Die Geschehnisse um das Projekt "Stuttgart 21" und seine Folgen sowie der Erfolg der Piratenpartei können insofern als Signale an die etablierten Parteien verstanden werden, dass eine Politik, die nicht auf Beteiligungs- und Informationswünsche von Bürgerinnen und Bürgern eingeht, für große Teile der Gesellschaft inakzeptabel ist. Dieses Unbehagen muss, so legen die Beispiele nahe, nicht zwangsläufig zur Wahlenthaltung führen, sondern kann durchaus zur Wahl bestimmter Parteien motivieren.

Die baden-württembergische Landtagswahl 2011 und der herausragende Erfolg der Grünen dürfen jedoch nicht losgelöst vom Atomunfall in Fukushima betrachtet werden. Dieses Ereignis und die anschließende innenpolitische Diskussion darüber lenkten die Aufmerksamkeit von Parteien, Politikern und Bürgern schlagartig auf die Energiepolitik und insbesondere auf die Frage nach der Nutzung der Kernenergie. In Anbetracht des Geschehens in Japan, das die öffentliche Aufmerksamkeit bündelte und zudem die Richtigkeit eines raschen Atomausstiegs zu belegen schien, kann es kaum erstaunen, dass Bündnis 90/Die Grünen als die gleichsam klassische Anti-Atom-Partei (Klein und Falter 2003) davon in Meinungsumfragen, aber auch bei den baden-württembergischen und rheinland-pfälzischen Landtagswahlen im März 2011 profitierten (Gabriel und Kornelius 2011; Gothe 2011).

Diese Episode weist darauf hin, dass gesellschaftliches Geschehen und Naturereignisse die politische Lage praktisch über Nacht verändern und daher auch Wahlverhalten und Wahlausgänge erheblich oder gar entscheidend beeinflussen können. Dabei wirken sich in aller Regel nicht die Naturereignisse oder das gesellschaftliche Geschehen per se auf die Wahlen aus. Sie bieten vielmehr Gelegenheiten, parteipolitische Konflikte zu eröffnen oder neu zu definieren und so das Wahlverhalten zu beeinflussen. Einige dieser Gelegenheiten werden ergriffen, etwa im Falle des Atomunglücks in Fukushima oder des Elbhochwassers 2002 (Bechtel und Hainmueller 2011; Pappi, Shikano und Bytzek 2004; Schoen 2004), andere werden nicht ergriffen, etwa im Falle des von einem deutschen Oberst befohlenen Luftangriffs im afghanischen Kunduz kurz vor der Bundestagswahl 2009. Unabhängig davon, ob solche Gelegenheiten genutzt werden, unterstreichen diese Beobachtungen, wie rasch sich das Blatt wenden kann und wie vorsichtig man daher mit in die Zukunft gerichteten Aussagen sein sollte – auch mit Blick auf die Bundestagswahl 2013.

Die Diskussion über den Atomunfall in Fukushima scheint uns in einer dritten Hinsicht auf die nächste Bundestagswahl vorauszuweisen. Im Herbst 2010 hatte die christlich-liberale Bundesregierung mit dem sogenannten "Ausstieg aus dem Ausstieg" den Atomkonsens aufgekündigt und einen vermeintlich beigelegten gesellschaftlichen Konflikt neu belebt, der nicht zuletzt für die Grünen identitätsstiftend und mobilisierend wirkte. Als Reaktion auf den Atomunfall stiegen die gesellschaftliche und die elektorale Bedeutung des Konflikts um die Kernkraft weiter an. Doch damit dürfte dieses Thema seinen Zenit über-

schritten haben. Die Bundeskanzlerin reagierte auf den Atomunfall und dessen gesellschaftliche Verarbeitung mit einer Kehrtwende in der Energiepolitik und verschrieb sich einer ambitionierten "Energiewende". Dieser Kurswechsel kann als Versuch gedeutet werden, einen politischen Konflikt zu beenden, in dem die Kanzlerin die Union auf der Verliererseite sah, um negative Konsequenzen für künftige Wahlaussichten zu vermeiden. Darin kann man eine Fortsetzung der bereits beschriebenen Strategie sehen, Angriffsflächen zu vermeiden und damit dem politischen Gegner Polarisierungs- und Mobilisierungsmöglichkeiten zu nehmen. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob die "Energiewende" dauerhaft eine solche befriedende Wirkung entfaltet. Zum einen muss sich die Regierung vermutlich Misserfolge bei der Verfolgung dieses ehrgeizigen Vorhabens anrechnen lassen. Zum anderen enthält die "Energiewende" (potenzielle) Zielkonflikte, die Stoff für neue Auseinandersetzungen bieten könnten. Ob diese allerdings so identitätsstiftend und politisch mobilisierend wirken werden wie die Atomfrage, muss die Zukunft zeigen.

Die Bundestagswahl 2013 wird im Schatten, womöglich auch im Zeichen der europäischen Schuldenkrise stattfinden. Seit etlichen Monaten beschäftigt diese Krise politische und ökonomische Eliten in Europa und darüber hinaus intensiv. Sie erschüttert wirtschaftliche Abläufe von Grund auf, bringt Staaten an den Rand der Zahlungsunfähigkeit und setzt die europäische Währungsunion einer Zerreißprobe aus. Regierungschefs eilen von Gipfel zu Gipfel. Immer neue Rettungspakete werden geschnürt, Rettungsschirme aufgespannt, "Bazookas durchgeladen", rote Linien überschritten. Ein Ende dieses Prozesses ist im Moment nicht absehbar. Die europäische Schuldenkrise wird daher aller Voraussicht nach auch den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Hintergrund der nächsten Bundestagswahl bilden.

Schwieriger ist die Frage zu beantworten, welche Rolle diese Krise bei der Bundestagswahl spielen wird. Die vielfältigen Metaphern, die die handelnden Akteure geprägt haben, um Probleme oder Lösungsvorschläge zu beschreiben, sprechen dafür, dass sie durchaus auch die Öffentlichkeit im Blick haben und ihre Entscheidungen Medien und Bürgern plausibel machen wollen. Der Kampf um die politische Deutungshoheit über die Krise ist also in vollem Gange. Offen ist jedoch, welche Sichtweise sich inwiefern durchsetzen und wie sich die Krise im Wahlverhalten niederschlagen wird. Daher können wir hier lediglich verschiedene Möglichkeiten und Szenarien aufzeigen.

Die Krise ist die Stunde der Exekutive. Im Falle der europäischen Schuldenkrise ist es zuallererst die Stunde der Kanzlerin. Aus dieser Perspektive betrachtet, könnte die Schuldenkrise das Ansehen der Kanzlerin als Krisenmanagerin und Repräsentantin Deutschlands auf internationalem Parkett mehren. Im Zusammenhang damit könnte die Krise den Stimmberechtigten ins Gedächtnis rufen, wie wichtig die Person des Regierungschefs ist. Eine Kampagne der Unionsparteien unter dem bewährten Motto "Auf die Kanzlerin kommt es an!" drängte sich vor diesem Hintergrund geradezu auf. Wird dieses Szenario auf politische Sachfragen angewandt, erscheint die europäische Schuldenkrise als eine weitere Valenz- oder Performanzsachfrage, bei deren Bearbeitung Parteien und Politiker ihre Kompetenz unter Beweis stellen können – und für Fehlleistungen, etwa das Scheitern der Rettungsbemühungen, bestraft werden.

Allerdings ist ungewiss, ob es sich um eine reine Valenzsachfrage handelt, also Einigkeit über die richtige Lösung herrscht. Nicht zuletzt die unterschiedlichen Deutungen der europäischen Schuldenkrise sprechen dafür, dass politische Konfliktlinien mit erheblicher

Wirkmacht aktiviert werden könnten. Eine Facette der Krise ist eine ökonomische. Sie bezieht sich auf den wirtschaftlichen Einfluss und das Verhalten von Banken. Eine Chiffre dafür ist das Bild von "zockenden Bankern", denen das Handwerk gelegt werden müsse; in dem Argument, die Rettungspolitik nütze in erster Linie Großgläubigern klammer Staaten, scheint diese Dimension ebenfalls durch. Zudem berührt die Suche nach dem richtigen Weg aus der Schuldenkrise wirtschaftspolitische Grundsatzfragen, etwa nach der Rolle von Zentralbanken. Dieser Aspekt der Krise bietet daher Ansatzpunkte für einen klassischen sozio-ökonomischen Konflikt, in dem im Wesentlichen die Art und die Reichweite staatlicher Eingriffe in das Wirtschaftsleben strittig sind (z. B. Pappi 2002). Er könnte eine erhebliche Mobilisierungskraft entfalten, wenn es gelingt, tief verankerte Wert- und Gerechtigkeitsvorstellungen sowie ideologische Orientierungen zu aktivieren. Allerdings wäre kaum mit vollkommen neuen Konstellationen und Mustern im Wahlverhalten zu rechnen, auch wenn sich nicht alle Parteien in der europäischen Schuldenkrise in ordnungspolitischer Prinzipientreue üben.

Eine zweite Dimension der Krise könnte unter Umständen ein neues Element in den Parteienwettbewerb und das Wahlverhalten hineinragen. In der europäischen Schuldenkrise geht es nicht zuletzt um Umverteilung zwischen europäischen Staaten, leicht vergrößert vom Norden in den Süden. Im politischen Diskurs wird diese Dimension des Konflikts repräsentiert von Appellen an die europäische Solidarität und das Diktum "Wenn der Euro scheitert, scheitert Europa". Aber auch Hinweise auf "die faulen Griechen" oder die Frage, wie lange "die Deutschen noch für die Südeuropäer zahlen sollten", stehen für diese Dimension der Krise. Auf der Ebene politischer Sachfragen steht damit die europäische Integration zur Debatte. Anders als in einer Reihe anderer Länder (z. B. Evans 1998; de Vries 2007) haben in Deutschland Aspekte der europäischen Integration das Wahlverhalten bei Bundestagswahlen bisher kaum beeinflusst (siehe Pappi und Thurner 1998; Schoen 2008). Bei der Bundestagswahl 2013 könnte sich das ändern. Wie viele andere politische Streitfragen (Sears, Hensler und Speer 1979; Carmines und Stimson 1980; Sears und Funk 1990) könnte die Europafrage für das Wahlverhalten und den Wahlausgang vermutlich nicht vorwiegend als technische, sondern in erster Linie als symbolische Frage relevant werden. Denn sie spricht – erst recht, wenn sie mit geeigneten Kommunikationsstrategien dargeboten wird – tief verankerte nationale und europäische Identitäten, Stereotype und ideologische Orientierungen an (siehe auch Kriesi et al. 2008; Hooghe und Marks 2009). Die elektorale Wirkung dieser Dimension könnte durchaus auch darin bestehen, traditionelle Bündnisse zwischen Parteien und Bevölkerungsgruppen zu zerbrechen.

Ob und inwieweit die europäische Schuldenkrise das Wahlverhalten im Herbst 2013 tatsächlich prägen wird, hängt im Wesentlichen von zwei Faktoren ab. Einerseits kommt es darauf an, ob diese Frage auch und gerade im Wahlkampf in der parteipolitischen Auseinandersetzung aufgegriffen wird. Sollten den Wahlberechtigten beispielsweise unterschiedliche europapolitische Politikentwürfe vorliegen, sie also eine europapolitische Wahl haben, wäre mit einem erheblichen Einfluss zu rechnen. Es ist jedoch ungewiss, ob sich die Parteien und Politiker dafür entscheiden. Zum anderen spielt die weitere Entwicklung in der europäischen Schuldenkrise eine Rolle, die sich wenigstens zum Teil dem Einfluss deutscher politischer Akteure entzieht. Sollte es etwa zu einer weiteren Eskalation der Krise kommen, könnte Parteien und Politikern überhaupt keine andere Wahl bleiben, als im Wahlkampf über Wege aus der europäischen Schuldenkrise zu debattieren. Ob derartige

Ereignisse eintreten werden, lässt sich nicht voraussagen, doch wäre ihre elektorale Wirkung wohl nur schwer zu überschätzen.

Damit haben wir eigentlich genug Argumente dafür ins Feld geführt, dass es so lange vor der Bundestagswahl 2013 mehr als spekulativ ist, etwas über den Wahlausgang oder über die Parteienstruktur im Bundestag nach der Wahl zu sagen. Gleichwohl scheint uns ein weiterer Hinweis sinnvoll. Jegliche Überlegung dazu, wie sich die parteipolitischen Kräfteverhältnisse verschieben werden und ob sich das innerparlamentarische Parteiensystem weiter vergrößern wird, ist zu einem Zeitpunkt, zu dem noch nichts über die (Re-)Mobilisierung im Wahlkampf gesagt werden kann, kaum belastbar. Die Geschichte der Bundestagswahlen zeigt, dass selbst Parteipräferenzen, die zu Beginn des Wahljahres gemessen wurden, einen falschen Eindruck erwecken können. So war Anfang des Bundestagswahljahres 1994 für Demoskopien ausgemacht, dass die Regierung Kohl abgewählt werden würde, Anfang 2002 sah es nach einer klaren Niederlage für Kanzler Schröder aus und im Frühsommer 2005 nach einem ungefährdeten Sieg einer schwarz-gelben Koalition. Alle drei Wahlen gingen anders aus als erwartet. Momentaufnahmen der öffentlichen Meinung können trügerisch sein (Plischke und Rattinger 2009) und Wahlkämpfe haben Effekte.

Dennoch, die Wettbewerbssituation der Parteien hat sich bei den letzten Bundestagswahlen spätestens seit 2005 deutlich verändert. Die Flexibilität des Wahlverhaltens ist gestiegen, die politische Angebotsstruktur hat sich ausdifferenziert. Für die beiden großen Parteien wird es darum gehen, dem ihnen bisher noch zugesprochenen Attribut – groß – gerecht zu werden. Für die kleineren Parteien wird es darum gehen, sich zu behaupten. Das betrifft vor allem die FDP, die nach ihrem Höhenflug stark in der Wählergunst verlor – just in der Zeit der Affäre um Karl-Theodor zu Guttenberg fielen die Liberalen auf das niedrige Niveau, mit dem sie sich derzeit abfinden müssen. Sie stehen seitdem in den Wählerpräferenzen an der 5-Prozent-Hürde. Auch die Linke hat abgebaut; zweistellig sind ihre Werte schon seit geraumer Zeit nicht mehr. Sie tendiert in der Wählergunst eher in Richtung fünf als zehn Prozent. Der neue Akteur, die Piratenpartei, hat sein bisheriges Hoch in den Wählerpräferenzen im Frühjahr und Frühsommer 2012 hinter sich, liegt aber derzeit noch etwas höher als die FDP und die Linke. Vergangene Bundestagswahlen haben gezeigt, dass in den Wahlpräferenzen der Stimmberechtigten sehr viel Bewegung zu beobachten ist. Immerhin lag der Anteil der Wechselwählerinnen und -wähler bei den beiden vergangenen Bundestagswahlen über 30 Prozent, der Anteil derjenigen, die während der Wahlkampfphase konstante Präferenzen aufwiesen, ist auf 40 Prozent abgesunken. Dass der Anteil der Wechselwähler nicht gleich hoch ist, hat mit einem recht großen Anteil von Re-Mobilisierten zu tun, die zwar wechselnde Präferenzen haben, letztendlich aber doch zu "ihrer" Partei zurückkehren (Schoen 2005; Weßels 2011). Bewegung kann es also in beide Richtungen geben: in die Wechselwahl und in die "Heimkehr", die dann wie Stabilität aussieht.

Die Ungewissheiten hinsichtlich der nächsten Bundestagswahl sind groß. So sollte es bei demokratischen Wahlen wohl auch sein. Gäbe es keine Bewegung, gäbe es keine Regierungswechsel. Die Ungewissheiten sind aber derzeit noch größer als sonst, weil noch unbestimmt ist, nach welchen Regeln die Bundestagswahlen stattfinden werden. Das wiederum sollte so nicht sein. Es ist dem Gesetzgeber bisher nicht gelungen, das Wahlgesetz so zu verändern, dass es verfassungsgemäß wäre. Das Bundesverfassungsgericht erklärte das 19. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 25. November 2011, das auf sein Urteil aus dem Jahre 2008 zurückging, wiederum für verfassungswidrig. In seinem Urteil vom 3.

Juli 2008 (BVerfGE 121, 266) hatte das Gericht die damals geltende Verrechnungsregel des Wahlgesetzes wegen der Möglichkeit eines negativen Stimmgewichts für verfassungswidrig erklärt. Es gab dem Gesetzgeber auf, die Regelungen bis spätestens 30. Juni 2011 zu korrigieren. Da das Gericht den Effekt eines negativen Stimmgewichts in einem untrennbaren Zusammenhang mit den Überhangmandaten und der Möglichkeit von Listenverbindungen sah, hätte eine Neuregelung beim Entstehen der Überhangmandate, bei der Verrechnung von Wahlkreismandaten mit den Listenmandaten oder bei der Möglichkeit der Listenverbindungen ansetzen können. Die im Jahre 2011 schließlich gefundene Neuregelung konnte vor dem Verfassungsgericht nicht bestehen. Das darin vorgesehene Sitzzuteilungsverfahren verletzt nach dem Urteil vom 25. Juli 2012 die Grundsätze der Unmittelbarkeit der Wahl und der Chancengleichheit der Parteien, weil ein negatives Stimmgewicht nicht ausgeschlossen ist, Zusatzmandate vergeben werden und das ausgleichslose Anfallen von Überhangmandaten in einem Umfang möglich ist, der den Charakter der Verhältniswahl aufhebt. Dies ist nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts der Fall, wenn die Zahl der Überhangmandate die Hälfte der für die Bildung einer Fraktion erforderlichen Zahl von Abgeordneten überschreitet. Konkret heißt das bei der gegebenen Größe des Deutschen Bundestages von 598 Sitzen und dem Erfordernis von 5 Prozent der Sitze für den Fraktionsstatus, dass die Zahl der Überhangmandate 15 wohl nicht überschreiten darf. Die Zahl der Überhangmandate bei der Bundestagswahl 2009 betrug 24 – eine offensichtliche Überschreitung der im Urteil nunmehr gesetzten Grenze. Wie das neue Wahlrecht aussehen wird, bleibt abzuwarten. Je nachdem, wie die Vorgaben des Verfassungsgerichts aufgegriffen werden, könnte der nächste Bundestag merklich kleiner oder erheblich größer werden als der gegenwärtige. Erst recht lässt sich seine Zusammensetzung weder belastbar prognostizieren, noch wäre Derartiges wünschenswert. Die Bürgerinnen und Bürger werden die Wahl haben und sich sowie die Parteien überraschen – oder auch nicht.

Literatur

- Bechtel, Michael M., und Jens Hainmueller (2011): "How Lasting is Voter Gratitude? An Analysis of the Short- and Long-Term Electoral Returns to Beneficial Policy", *American Journal of Political Science* 55: 852–868.
- Bell, Daniel (1960): *The End of Ideology. On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties*, New York: Harvard University Press.
- Bieber, Christoph, und Claus Leggewie (2012): *Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena*, Bielefeld: Transcript.
- Bieber, Ina, und Sigrid Roßteutscher (2011): "Große Koalition und Wirtschaftskrise. Zur Ausgangslage der Bundestagswahl 2009", in Hans Rattinger et al. (Hg.), *Zwischen Langeweile und Extremen. Die Bundestagswahl 2009*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 17–31.
- Bruns, Tissy (2009): "Mehr Optionen, gesunkene Erwartungen", *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* 59: 3–5.
- Carmines, Edward G., und James A. Stimson (1980): "The Two Faces of Issue Voting", *American Political Science Review* 74: 78–91.
- de Vries, Catherine E. (2007): "Sleeping Giant: Fact or Fairytale? How European Integration Affects National Elections", *European Union Politics* 8: 363–385.

- Enderlein, Henrik (2010): "Finanzkrise und große Koalition. Eine Bewertung des Krisenmanagements der Bundesregierung", in Christoph Egle und Reimut Zohlnhöfer (Hg.), *Die zweite Große Koalition. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2005–2009*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 234–253.
- Evans, Geoffrey (1998): "Euro-scepticism and Conservative Electoral Support. How an Asset Became a Liability", *British Journal of Political Science* 28: 573–590.
- Gabriel, Oscar W., und Bernhard Kornelius (2011): "Die baden-württembergische Landtagswahl vom 27. März 2011: Zäsur und Zeitenwende?", *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 42: 784–804.
- Gothe, Heiko (2011): "Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 27. März 2011: Dosierter Machtwechsel in Mainz", *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 42: 764–783.
- Herweg, Nicole, und Reimut Zohlnhöfer (2010): "Die Große Koalition und das Verhältnis von Markt und Staat. Entstaatlichung in der Ruhe und Verstaatlichung während des Sturms?", in Christoph Egle und Reimut Zohlnhöfer (Hg.), *Die zweite Große Koalition. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2005–2009*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 254–278.
- Hooghe, Liesbet, und Gary Marks (2009): "A Postfunctionalist Theory of European Integration. From Permissive Consensus to Constraining Dissensus", *British Journal of Political Science* 39: 1–23.
- Klein, Markus, und Jürgen W. Falter (2003): *Der lange Weg der Grünen*, München: Beck.
- Kriesi, Hanspeter, et al. (2008): *West European Politics in the Age of Globalization*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Neundorf, Anja (2012): "Die Links-Rechts-Dimension auf dem Prüfstand. Ideologische Einstellungen und Wahlverhalten im vereinten Deutschland 1990 bis 2008", in Rüdiger Schmitt-Beck (Hg.), *Wahlen in Deutschland. PVS-Sonderheft 45*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 227–250.
- Niedermayer, Oskar (Hg.) (2012): *Die Piratenpartei*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pappi, Franz Urban (2002): "Die politisierte Sozialstruktur heute. Historische Reminiszenz oder aktuelles Erklärungspotential?", in Frank Brettschneider, Jan van Deth und Edeltraud Roller (Hg.), *Das Ende der politisierten Sozialstruktur?*, Opladen: Leske + Budrich, S. 25–46.
- Pappi, Franz Urban, Susumu Shikano und Evelyn Bytzeck (2004): "Der Einfluss politischer Ereignisse auf die Popularität von Parteien und Politikern und auf das Parteiensystem", *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56: 51–70.
- Pappi, Franz Urban, und Paul W. Thurner (2000): "Die deutschen Wähler und der Euro: Auswirkungen auf die Bundestagswahl 1998?", *Politische Vierteljahresschrift* 41: 435–465.
- Plischke, Thomas, und Hans Rattinger (2009): "'Zittrige Wählerhand' oder invalides Messinstrument? Zur Plausibilität von Wahlprojektionen am Beispiel der Bundestagswahl 2005", in Oscar W. Gabriel, Bernhard Weßels und Jürgen W. Falter (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 484–509.
- Rudi, Tatjana (2011): "Sachthemen und politische Streitfragen", in Hans Rattinger et al. (Hg.), *Zwischen Langeweile und Extremen. Die Bundestagswahl 2009*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 179–190.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2011a): "Parteibindungen", in Hans Rattinger et al. (Hg.), *Zwischen Langeweile und Extremen. Die Bundestagswahl 2009*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 155–164.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2011b): "Spitzenkandidaten", in Hans Rattinger et al. (Hg.), *Zwischen Langeweile und Extremen. Die Bundestagswahl 2009*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 205–221.
- Schoen, Harald (2004): "Der Kanzler, zwei Sommerthemen und ein Foto-Finish. Priming-Effekte bei der Bundestagswahl 2002", in Frank Brettschneider, Jan van Deth und Edeltraud Roller (Hg.), *Die Bundestagswahl 2002. Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 23–50.
- Schoen, Harald (2005): "Wechselwahl", in Jürgen W. Falter und Harald Schoen (Hg.), *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 367–387.

- Schoen, Harald (2008): "Turkey's Bid for EU Membership, Contrasting Views of Public Opinion, and Vote Choice. Evidence from the 2005 German Federal Election", *Electoral Studies* 27: 344–355.
- Schoen, Harald (2010a): "Die Wirtschaftskrise, Angst und politische Urteilsbildung. Eine Analyse zum Affective-Intelligence-Modell am Beispiel der Bundestagswahl 2009", *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 39: 205–222.
- Schoen, Harald (2010b): "Die Bürger ziehen Bilanz. Einstellungen zur Großen Koalition und Wahlverhalten 2009", in Christoph Egle und Reimut Zohlnhöfer (Hg.), *Die zweite Große Koalition*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 29–50.
- Schoen, Harald (2011): "Merely a Referendum on Chancellor Merkel? Parties, Issues and Candidates in the 2009 German Federal Election", *German Politics* 20: 92–106.
- Schoen, Harald, und Cornelia Weins (2005): "Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten", in Jürgen W. Falter und Harald Schoen (Hg.): *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 187–242.
- Sears, David O., und Carolyn L. Funk (1990): "The Role of Self-Interest in Social and Political Attitudes", *Advances in Experimental Social Psychology* 24: 1–91.
- Sears, David O., Carl P. Hensler und Leslie K. Speer (1979): "Whites' Opposition to 'Busing': Self-Interest or Symbolic Politics?", *American Political Science Review* 73: 369–384.
- Steinbrecher, Markus, und Hans Rattinger (2011): "Wirtschaftliche Krise", in Hans Rattinger et al. (Hg.), *Zwischen Langeweile und Extremen. Die Bundestagswahl 2009*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 191–204.
- Wagner, Aiko, und Bernhard Weßels (2011): "Regierungsleistung im Urteil der Wähler", in Hans Rattinger et al. (Hg.), *Zwischen Langeweile und Extremen. Die Bundestagswahl 2009*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 165–177.
- Weßels, Bernhard (2011): "Schwankende Wähler. Gefährden Wechselwähler die Demokratie?", in Evelyn Bytzek und Sigrid Roßteutscher (Hg.), *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*, Frankfurt a. M./New York: Campus, S. 43–57.